

Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Bürgerschaft

Niederschrift

Sitzung des Ortsbeirates Kröpeliner-Tor-Vorstadt

Sitzungstermin: Mittwoch, 11.03.2015
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 22:15 Uhr
Ort, Raum: Beratungsraum Nr. 3.11, Eigenbetrieb "Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung der Hansestadt Rostock", KOE, Ulmenstraße 44, 18057 Rostock

Sitzungsteilnehmer:

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Anette Niemeyer Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09

reguläre Mitglieder

Matthias Siems SPD
Julia Richter DIE LINKE.
Anna Bobrowski CDU
Friedrich Gottschewski SPD
Andrea Krönert BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Hans-Joachim Toscher CDU
Claudia Gielow UFR
Stefan Nadolny DIE LINKE.

Verwaltung

Dr. Chris Müller Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung
Dr. Michaela Selling Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen
Stephanie Bornstein Ortsamt Mitte
Katrin Wieden Ortsamt Mitte

Gäste

Christian Jentzsch WIRO
Ralf Zimlich WIRO-Geschäftsführer
Inga Knospe Großmarkt Rostock GmbH
Heiko Lange Großmarkt GmbH
Renate Gundlach Das ist Rostock, Vertreterin der Presse
Nicole Pätzold NNN, Vertreterin der Presse
Steffen Thimm Ostseezeitung, Vertreter der Press

Abwesende Mitglieder

reguläre Mitglieder

Hannes Möller	DIE LINKE.	Entschuldigt
Thomas Wanie	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Unentschuldigt

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungen der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.02.2015
- 4 Wünsche und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner
- 5 Dr. Chris Müller, Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung, berichtet zu seiner Arbeit und der Haushaltssituation der HRO
- 6 Information zum Halteverbot zur Durchsetzung der Straßenreinigung in der Klosterbachstraße
- 7 Informationen zum Stand des B-Planes Wohnen am Werftdreieck
- 8 Informationen zum Stand des Abrißantrages der "Heinkelmauer"
- 9 Vorstellung der 3 Varianten zur Sanierung des Matrosendenkmals
- 10 Antrag auf Anmietung einer Fläche "Am Brink" durch die Großmarkt GmbH
- 11 Anträge
 - 11.1 Dr. Steffen Wandschneider für die Fraktion der SPD
Mietpreisanstieg in Rostock gesetzlich begrenzen
Vorlage: 2015/AN/0629
 - 11.2 Mietpreisanstieg in Rostock gesetzlich begrenzen
Vorlage: 2015/AN/0629-01 (SN)
- 12 Informationen Bedarfskonzeption kommunaler Sanitäreanlagen der Hansestadt Rostock
- 13 Berichte aus den Ausschüssen
- 14 Bauanträge/Sondernutzungen
- 15 Informationen des Ortschaftes

- 16 Verschiedenes
- 17 Schließen der Sitzung

Protokoll:

(öffentlich)

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Niemeyer eröffnet die Sitzung und begrüßt die OBR-Mitglieder, die Verwaltung und Gäste. Der OBR ist mit 9 Mitgliedern beschlussfähig.

TOP 2 Änderungen der Tagesordnung

Frau Niemeyer stellt den Antrag die Tagesordnung um zwei Angelegenheiten zu erweitern.

1. Informationen zum Sachstand B-Planverfahren „Werftdreieck“
2. Informationen aus der Besprechung zur Beschlussvorlage „Bedarfskonzeption kommunaler Sanitäranlagen in der Hansestadt Rostock“

Abstimmung:

Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Die Tagesordnung ändert sich dementsprechend.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.02.2015

Die Niederschrift vom 11.02.2015 wird einstimmig genehmigt.

TOP 4 Wünsche und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner

Keine

TOP 5 Dr. Chris Müller, Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung, berichtet zu seiner Arbeit und der Haushaltssituation der HRO

Herr Dr. Müller bedankt sich für die Einladung, macht Ausführungen zum Haushalt und erklärt, dass er künftig einmal jährlich an Sitzungen der OBR teilnehmen möchte, um die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen OBR und Verwaltung zu fördern. Er benennt dafür drei Kriterien:

1. Für alle wichtigen ortsteilrelevanten Themen im Senatsbereich wird in Zukunft das Votum der Ortsbeiräte eingeholt.

2. Anträge/Vorschläge der Ortsbeiräte sollen immer schnell auf Ihre Umsetzungsmöglichkeit geprüft und wenn die Möglichkeit besteht, realisiert werden.
3. Für den Fall, dass keine Verwirklichung möglich ist, wird eine einfache und verständliche Antwort zugesichert.

Herr Dr. Müller erläutert die Haushaltssituation der Hansestadt Rostock.

- Das Gesamtergebnis für 2014 hat eine positive Entwicklung genommen- Abbau von Altverbindlichkeiten um 4 Mio. €
- Mehrausgaben im Bereich Personalkosten (Tarifsteigerung) und im Amt für Jugend und Soziales (Erhöhung der Fallzahlen)
- hohe Steuereinnahmen (Gewerbe-, Grundsteuer)
- ein Zeichen für stetige Entwicklung der Stadt
- für 2015/2016 wird der Doppelhaushalt ausgeglichen sein.
- angestrebt wird ein schnellerer Abbau der Verbindlichkeiten (geforderte 10 Mill. € nicht realisierbar)
- die Entwicklung des Haushaltes ist aber auch von der konjunkturellen Gesamtentwicklung abhängig

Frau Niemeyer fordert die Verlässlichkeit und Transparenz der Stadtverwaltung bei Planung Finanzierung und Durchführung von Bauprojekten ein. Mittelfristige geplante Finanzmittel stehen häufig nicht mehr zur Verfügung. (z. B. Sanierungsmaßnahme Werner Lindemann Grundschule mit Sporthalle und Schulhof, Umgestaltung Ulmenstr./ Maßmannstr.)

Herr Dr. Müller erwidert, keinen Einfluss auf die Maßnahmen zu haben, wenn die entsprechenden finanziellen Mittel anders eingesetzt werden.

Frau Krönert bedankt sich für die interessanten Ausführungen und bittet den Senator den OBR bei seinem Arbeitsschwerpunkt, der Förderung des Fahrradverkehrs in der KTV, zu unterstützen.

Herr Dr. Müller erläutert, dass dies nicht über Verkehrszeichen geregelt werden kann. Nach seiner Auffassung erfolgt die Förderung des Radverkehrs besser über dessen Berücksichtigung bei den Planungen von Verkehrsanlagen. Die Umgestaltung des Doberaner Platzes ist ein Negativbeispiel, da die Belange des Radverkehr nicht beachtet wurden.

Herr Nadolny bittet den Senator um Erklärung warum die Bescheide an Jugendhilfeträger nicht zeitnah erstellt werden können. Herr Dr. Müller informiert, dass durch die derzeitige Personalsituation eine schnelle Bearbeitung nicht möglich ist.

Herr Siems macht den Senator auf das Problem Parken und Sicherheit in der KTV aufmerksam.

Das generelle Parkproblem in der Hansestadt Rostock ist dem Senator bekannt. Speziell im Ortsteil KTV, wo Kreuzungsbereiche zugeparkt werden und im Brand- und Notfall die Rettungsfahrzeuge, wie Feuerwehr und Krankenwagen behindert werden, ist Abhilfe dringend notwendig. Eine Parkraumanalyse soll 2016 vorliegen, aus der Maßnahmen abzuleiten sind.

Herr Dr. Müller berichtet dem OBR, dass u. a. für den OT KTV ein konfiguriertes Feuerwehrfahrzeug angefertigt wird. Der Beschaffungsvorgang wird allerdings einige Monate dauern.

TOP 6	Information zum Halteverbot zur Durchsetzung der Straßenreinigung in der Klosterbachstraße
--------------	---

Herr Dr. Müller berichtet über den Eingang von Widersprüchen zur umgesetzten Maßnahme,

die wöchentliche Straßenreinigung mit Hilfe von Halteverbotsschildern zu ermöglichen. Er bittet den OBR, seine positive Entscheidung und die Rücknahme des Votums zu überdenken.

Frau Niemeyer erklärt den Sachstand den neuen OBR-Mitgliedern.

Der OBR will die Probezeit von 1 Jahr abwarten, da von einigen Grundstückseigentümern der Klosterbachstr. die Maßnahme ausdrücklich gewünscht wurde. Nach Ablauf der Probezeit wird er sich mit dem Thema auseinander setzen.

TOP 7 Informationen zum Stand des B-Planes Wohnen am Werftdreieck

Herr Ziemlich macht Ausführungen zum Stand der Planungen „Werftdreieck“

- Es handelt sich der zeit um das wichtigste Projekt der WIRO.
- Zur Zeit ist die Bindung des Büros, das die Bürgerbeteiligung während des Verfahrens realisieren soll, in Vorbereitung. Die Vorstellung erfolgt in der OBR-Sitzung April.
- Zum Thema Parken gibt es Überlegungen, auf dem Grundstück der Polizei in der Waldemarstr. ein Parkhaus zu bauen. Dazu laufen Gespräche mit dem zuständigen Betrieb für Bau und Liegenschaften zum Kauf des Grundstückes.
- Um dem bestehenden Parkdruck in der KTV zu begegnen und gleichzeitig die Notwendigkeit der Schaffung eines Parkhaus auf dem Areal des Werftdreiecks über den Bedarf für die Wohnungsbebauung Werftdreieck hinaus zu analysieren, unterbreitet die WIRO dem OBR folgenden Vorschlag:
Zwischen Bahndamm und Max-Eyth-Straße soll eine provisorische Fläche zum entgeltlichen Parken bis zur Realisierung von baulichen Maßnahmen abgeschottert werden. Das Ergebnis der Nutzung kann Grundlage für die Berechnung der notwendigen Kapazität eines zukünftigen Parkhauses werden.

Der OBR begrüßt diese Maßnahme/ Idee einstimmig.

TOP 8 Informationen zum Stand des Abrißantrages der "Heinkelmauer"

Frau Bornstein verliest ein Schreiben vom Bauamt zum Sachstand der Heinkelmauer

Sachstand

Die Krieger Grundstück GmbH hat mit Datum vom 23.01.15 einen Antrag auf Abbruch der Heinkelmauer gestellt. Ergänzende Unterlagen wurden am 16.02.15 geliefert. Da es sich vorliegend um ein Einzeldenkmal handelt, bedarf es für den Abbruch eine Baugenehmigung. Im Verfahren wird die untere Denkmalschutzbehörde um Stellungnahme gebeten. Diese wiederum beteiligt das zuständige Landesamt für Kultur und Denkmalpflege. Die gesetzliche Regelung erfordert ein sogenanntes Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Landesamt. Das Amt für Kultur Denkmalpflege und Museen hat mit Schreiben vom 20.02.15 die Herstellung dieses Einvernehmen erbeten. Diese Stellungnahme wird abzuwarten sein. Danach erfolgt unter Beachtung der Fristen eine Erörterung im Bau- u. Planungsausschuss der Bürgerschaft und im Ortsbeirat.

Frau Dr. Selling macht Ausführungen zum TOP

- ein entsprechendes Gutachten liegt vor
- die untere Denkmalbehörde hat den Abbruchartrag positiv beschieden
- Eigentümer wurde beauftragt, Sicherungsmaßnahmen vorzunehmen

Bei Nichteinhaltung der Beauftragung werden Bußgelder ausgesprochen.

- durch Witterungseinflüsse der letzten 20 Jahre wurde der Mauer stark zugesetzt
- es bestehen erhebliche Zweifel zur Tragfähigkeit des Gesamtfundamentes
- die nicht frostsicheren Hartbrand-Ziegel wurden bereits in den 30iger Jahren mangelhaft hergestellt
- Die Einwohner und Einwohnerinnen können sich in einem Zeitfenster von mehreren Monaten mit Vorschlägen an der Gestaltung im neuen Wohngebiet Werftdreieck beteiligen. (Bürgerforum)
- Veranstalter dieses Bürgerforums ist die WIRO als Eigentümer gemeinsam mit den städtischen Ämtern.

Eine denkmalgerechte Sanierung ist aus Sicht der unteren Denkmalschutzbehörde nicht mehr möglich und auch wirtschaftlich nicht vertretbar, sie wird deshalb dem Abrissantrag der Krieger GmbH zustimmen.

TOP 9 Vorstellung der 3 Varianten zur Sanierung des Matrosendenkmals

Frau Dr. Selling macht Ausführungen zu TOP

Die Prüfung des Amtes für Kultur, Denkmalpflege und Museen hat ergeben, dass für den Erhalt und die Rettung des Matrosendenkmals hohe Anstrengungen vollbracht werden müssen.

Ziel ist es, den städtebaulichen Missstand (Aufstellung eines Bauzaunes) zu beenden und dem gesamten Bereich eine gute Aufenthaltsqualität zu geben.

Die Anlage soll zum Wasser hin erschlossen und aufgewertet werden. Auch der Rumpf des früheren Bäderschiffes „Undine“ könne dort seinen Platz bekommen.

Es stehen 4 Varianten zur Auswahl:

Variante 1: Erhalt und Sanierung der Gesamtanlage mit den unteren Räumen, ohne sie nutzbar zu machen
Kosten : 800.000 Euro

Variante 2: Erhalt und Sanierung der Gesamtanlage mit einem Teilrückbau und dem Verfüllen aller unteren Räume.
Kosten : 550.000 Euro

Variante 3: Rückbau der gesamten Anlage, die unterirdische Anlage wird verfüllt, Denkmal und Reliefplatten erhalten einen neuen Sockel
Kosten: 265.000 Euro

Variante 4: Komplettsanierung
Kosten: 1,1 Millionen Euro

Aufgrund der Höhe der Kosten wird die Variante 4 entfallen.

Frau Dr. Selling informiert, dass die Variante 3 sich am besten eignen würde.

Ein Uferweg, eine Terrasse am Wasser, Bänke und viel Grün sowie die „Undine“ würden das Denkmal flankieren.

Das Kulturamt bereitet eine Beschlussvorlage für die Bürgerschaft vor.

Vorbehaltlich der Entscheidung und der Finanzierung im städtischen Haushalt soll in diesem Jahr mit der Sanierung begonnen werden, betont Frau Dr. Selling.

Frau Niemeyer erfragt die weitere Verfahrensweise. Frau Dr. Selling informiert, dass eine Tendenz eingeholt wird, die dann fachlich begründet wird.

TOP 10 Antrag auf Anmietung einer Fläche "Am Brink" durch die Großmarkt GmbH

Frau Niemeyer begrüßt Frau Knospe, als neue Geschäftsführerin der Großmarkt GmbH und Herrn Lange.

Die Großmarkt GmbH beantragt die Anmietung der Fläche Am Brink im jeweiligen Winterzeitraum für die Jahre 2015-2019 um die Veranstaltung „Weihnachtsdorf am Brink“ nicht nur kurzfristig, sondern auch mittelfristig sicherzustellen.

Neben dem Antrag der Großmarkt GmbH liegt für dieselbe Fläche ein Antrag auf Anmietung des KTV e.V. zur Durchführung eines soziokulturellen Weihnachtsmarktes am 5.12.2015 vor. Herr Lange erläutert den Antrag der Großmarkt.

- Planungssicherheit
- Einbindung der Anwohner an das Projekt
- Gestaltung /Weiterentwicklung stets mit Kontakt OBR und Ortsamt angedacht

Frau Niemeyer erklärt, dass dieser Antrag bis 2009 über das Stadtamt Abt. Sondernutzung lief. Frau Bornstein erläutert die veränderten Zuständigkeiten zur Bewirtschaftung der Flächen.

Die beantragte Fläche befindet sich in der Zuständigkeit des Kataster,- Vermessung- und Liegenschaftsamtes.

Aktuell hat der OBR einen Antrag an die Bürgerschaft mit dem Ziel, diese Fläche wieder öffentlich zu widmen, gestellt.

Frau Niemeyer fragt nach der Dauer des laufenden Mietvertrages. Frau Knospe erklärt, dass der Mietvertrag bis zum 31.03.15 läuft.

Herr Lange weist darauf hin, dass die Großmarkt auch für die Verkehrssicherung und Reinigung der Fläche zuständig ist.

Frau Niemeyer erklärt, dass der OBR mit dem Weihnachtsmarkt sehr zufrieden ist, aber eine Verankerung im Stadtteil nicht erkennbar sei.

Frau Bornstein macht den Vorschlag, die vorliegenden Nutzungsanträge getrennt zu behandeln und im Vorfeld der nächsten OBR-Sitzung diese mit der Großmarkt GmbH inhaltlich zu klären.

Der Antrag wird im Einvernehmen mit der Großmarkt GmbH vertagt.

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 1

TOP 11 Anträge

TOP 11.1 Dr. Steffen Wandschneider für die Fraktion der SPD Mietpreisanstieg in Rostock gesetzlich begrenzen Vorlage: 2015/AN/0629

Nach eingehender Diskussion schlägt Frau Niemeyer folgende Änderungsanträge vor:

1. Änderungsantrag

Beschlussvorschlag:

„Punkt 3 wird gestrichen.“

Begründung:

In der Stellungnahme der Verwaltung ist dargelegt, dass die Schaffung der materiellen Voraussetzungen für die Stadt nicht möglich ist.

Abstimmung:

dafür: 6

dagegen: 0

Enthaltungen: 3

2. Änderungsantrag

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

Im Punkt 1 wird nach „ausgewählte Stadtteile der Hansestadt Rostock“ eingefügt „(Kröpeliner-Tor-Vorstadt,)“.

Begründung:

In den vergangenen fast 2 Jahren seit Inkrafttreten der Ergänzung im § 558 BGB hat die Landesregierung nicht von der Möglichkeit, eine entsprechende Rechtsverordnung zu erlassen, Gebrauch gemacht. Es scheint wahrscheinlich, dass sie mit Bezug auf die Mietentwicklung in der gesamten Hansestadt dies auch in Zukunft nicht tun wird.

Wir wollen mit dem Änderungsantrag deutlich machen, dass wir für den Stadtteil Kröpeliner-Tor-Vorstadt einen angespannten Wohnungsmarkt sehen, der die Kappung der Bestands- und auch der Wiedervermietungsmieten notwendig macht.

Wir wollen mit dem Änderungsantrag die konkrete Benennung weiterer Stadtteile ermöglichen.

Abstimmung

dafür: 5

dagegen: 1

Enthaltungen: 3

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. beim zuständigen Ministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu beantragen, dass per Rechtsverordnung gem. §558 Abs. 3 Satz 3 BGB für ausgewählte Stadtteile der Hansestadt Rostock als Gebiete mit schwieriger Wohnungsverorgung die Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen von 20 % auf 15 % abgesenkt wird.
2. unmittelbar nach Inkrafttreten des geplanten „Gesetzes zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung (Mietrechtsnovellierungsgesetz - MietNovG)“ das zuständige Ministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufzufordern, per Rechtsverordnung Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten zu bestimmen, in denen dann die geplante Mietpreisbegrenzung der Gesetzesnovelle gilt.
3. unverzüglich selbst die materiellen Voraussetzungen für die Punkte 1. und 2. zu schaffen, indem stadtteilbezogen die hierfür erforderlichen Daten erhoben werden, um den Nachweis der besonderen Gefährdung der ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen zu führen. Die erforderlichen Daten sind zur begründeten Nachweisführung stetig fortzuschreiben.
4. Der Rostocker Bürgerschaft ist bis zum 30.06.2015 über die Erledigung der o. g. Beschlusspunkte zu berichten.

Abstimmung:**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	6
Dagegen:	0
Enthaltungen:	3

Angenommen	X
Abgelehnt	

TOP 11.2 Mietpreisanstieg in Rostock gesetzlich begrenzen
Vorlage: 2015/AN/0629-01 (SN)

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

TOP 12 Informationen Bedarfskonzeption kommunaler Sanitäranlagen der Hansestadt Rostock

Herr Gottschewski berichtet über die Veranstaltung, die am 04.03.15 für alle Ortsbeiräte stattfand.

- Bestand 38 öffentliche Toiletten in Rostock
- zukünftig sollen 24 Toiletten vorhanden sein
- Bestand für die KTV 0?

Der OBR fordert für die Flächen auf dem „Brink“ und im Stadthafen die Einordnung einer öffentlichen Sanitäranlage in das Konzept.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung genommen.

TOP 13 Berichte aus den Ausschüssen

Die Ausschüsse Bau /Verkehr und Jugend/Soz/Kultur haben getagt.

TOP 14 Bauanträge/Sondernutzungen

Frau Bornstein verliest einen Antrag auf Nutzung einer Vorgartenfläche, incl. Mülltonnenaufstellung im Patriotischen Weg 96.

Größe der beantragten Fläche: ca. 67 m

Der o. g. Antragsteller möchte eine Teilfläche des städtischen Grundstücks anmieten, um diese Fläche als Vorgarten und zum Aufstellen von Mülltonnen nutzen zu dürfen.

Eine Vorortbegehung ergab, dass die Mülltonnen bereits auf einer versiegelten Fläche stehen. Es sind 4 Mülltonnen vorhanden, 2 große und 2 kleine Tonnen. Die Einhausung ist begrünt. Der Antrag wird bis zum 08.04.15 vertagt.

Abstimmung:

dafür: 7 dagegen: 0 Enthaltungen: 2

TOP 15 Informationen des Ortsamtes

Frau Bornstein gibt folgende Informationen z.K.

Information des Tief- und Hafenbauamtes zum Antrag 2011/AN/2318 des OBR vom 02.11.2011 zur Verbesserung der Parkplatzsituation in der KTV

Im Zuge der derzeit in Planung befindlichen Maßnahme „Grundhafte Sanierung und Umgestaltung der Ulmenstraße, einschließlich des Ulmenmarktes sowie Maßmannstraße“ wird geprüft, in welcher Anzahl sowie mit welcher städtebaulichen Qualität im Bereich des Ulmenmarktes sowie am S-Bahn-Haltepunkt Parkstraße/Maßmannstraße zukünftig Stellplatzkapazitäten geschaffen werden können.

Darüber hinaus plant die Wiro im Zusammenwirken mit der Betrieb für Bau und Liegenschaften und der Polizei die Errichtung eines Parkhauses am Standort Polizeiinspektion Ulmenstraße/Maßmannstraße mit ca. 270 Stellplätzen nach derzeitigem Stand. Ein möglicher Baubeginn wird für das Jahr 2016 angestrebt. Über die Ergebnisse wird rechtzeitig informiert.

Sachstand Bearbeitungsstand Papierstandorte

Die von den Ortsbeiräten eingereichten Papierkorbstandorte wurden durch das Amt für Umweltschutz geprüft und die Kosten für das Jahr 2015 eingestellt.

Die Realisierung der Maßnahme ist nach Beendigung der Wintersaison ab April 2015 eingeplant.

Information des Bauamtes zum Stand der Werbeanlage Netto-Markt

Die angekündigte Anhörung mit dem Bauherrn bzw. Betreibern der Werbeanlage ist erfolgt. Die Bauaufsichtsbehörde bereitet zeitnah eine entsprechende Nutzungsuntersagung für die Werbeanlage vor.

Informationen über genehmigte Baumfällungen

Vorhaben: Baumfällung auf dem Gelände Peter Weiss Haus, in der Doberaner Str. 21 im Rahmen der Erneuerung der Stützmauer

Standort: Grundstück Peter Weiss Haus Gelände „Freigarten“ in der Doberaner Str. 21 18057 Rostock

Baumfällung: 1 Linde und 2 Robinien

Begründung: Die Verkehrssicherheit der beantragten Bäume ist nicht mehr gewährleistet. Um den Baumbestand und den Charakter des „Freigartens“ am Peter Weiss zu erhalten, müssen bis zum 30.6.2016, 1 Laubbaum mit Stammumfang von 16-18 cm, 2 Laubbäume mit Stammumfang von 16-18 cm und 2 Laubbäume mit Stammumfang von 12-14 cm in Baumschulqualität als Ersatzpflanzungen nachgepflanzt werden.

TOP 16 Verschiedenes

Frau Niemeyer berichtet, dass am 02.03.15 eine Informationsveranstaltung bei der RGS zum EFRE-Fördermittel-Antrag der Stadt statt gefunden hat. Da die entsprechende Beschlussvorlage vom OB bisher nicht unterzeichnet wurde, können die Informationen zu den Maßnahmen nicht weiter gegeben werden.

Frau Niemeyer erfragt den Stand der Planung für die Sanierungsmaßnahme Ulmenstr. / Maßmannstr.

Offene Punkte:

- Kontakt Heimbeirat St. Jacobistift
- Sanierung Schulhof Werner-Lindemann-GS
- Kontrollfahrt Ordnung und Sicherheit
- Vorgartensatzung
- Umsetzung der notwendigen Maßnahmen, die nach dem Rundgang mit dem Behindertenrat festgestellt wurden
- Erhalt der Grünen Innenhöfe
- Sanierung des öffentlichen Streifen vor der Kita Waldemarstraße
- Neue Papierkorbstandorte
- Fahrradfahren in der KTV
- Sanierung Ulmenstraße

TOP 17 Schließen der Sitzung
--

Frau Niemeyer beendet die Sitzung um 22.15 Uhr.